

### TOP 3

#### **Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie der Entwürfe der Wirtschaftspläne des Eigenbetriebes "Wasserwerk" und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk" für das Wirtschaftsjahr 2011**

(Vorlage Amt 2 vom 27.10.2010 – 084/10)

Anlässlich der Einbringung des Haushalts führt Bgm. Berens folgendes aus:

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, verehrte Damen und Herren,

Jammern, Zähneknirschen, Wut: Die Kommunalfinanzen sind derzeit in allen Medien. Auch Landes- und Bundespolitiker haben die marode Situation der demokratischen Keimzellen inzwischen ganz oben auf ihrer Agenda. Endlich, könnte man sagen! Endlich werden wir wahrgenommen von der hohen Politik und auch von der Öffentlichkeit. Jahrelang hatte man die kommunalen Sorgen als Provinzposse und übliches Geschrei abgetan. Jetzt, wo fast Allerortens nichts mehr geht wird, erhört man das hohe Klagelied.

Selbst Vertreter der abgewählten Landesregierung in Düsseldorf geben jetzt zu, dass sie die finanzielle Situation der Gemeinden unterschätzt haben, ihnen zu viel aufgebürdet haben, bei der fehlenden finanziellen Grundausstattung, der Wohngeldverteilung, bei der U3-Betreuung in den Kindergärten, bei den Einheitslasten, bei den Zumutungen des NKF-Gesetzes. Man kann nicht auf Dauer in Berlin oder Düsseldorf soziale Wohltaten verkünden und diese von den eigentlich nicht verantwortlichen Stellen ausbaden lassen. Unsere Hauptaufgabe ist und bleibt die Daseinsvorsorge: Wohnen und Arbeiten vor Ort, Straßen, Kindergärten, Schulen, Sport und Sicherheit. Wenn die finanzielle Grundausstattung hierfür nicht mehr ausreichend gegeben ist und zusätzlich noch große Teile der sozialen Umverteilungslasten von den Kommunen zu tragen sind, krankt das System und leidet der Bürger vor Ort. Bund und Land versprechen und bestellen, setzen überhöhte Standards und lassen die Kommunen bezahlen: So könnte man die Vergangenheit ein wenig plakativ darstellen. Vielleicht tut sich ja jetzt tatsächlich etwas an der politischen Front:

Doch: Gefahr erkannt heißt noch lange nicht gebannt: Sicher ist es richtig, dass unser Land sich jetzt in Berlin für eine Minderung der Soziallasten für die Kommunen einsetzt. Doch reicht dies aus? Ist es richtig, einen Rettungsschirm zu spannen, der insbesondere diejenigen belohnt, die vor Ort ihre Hausaufgaben vernachlässigt haben? Denjenigen Gemeinden, die in der Vergangenheit für Leuchtturmprojekte hemmungslos Kredite aufgenommen haben jetzt einen Zinsdienst zu erweisen, während sparsame Kommunen wie Hövelhof oder Delbrück in die Röhre gucken? Stattdessen wäre es hilfreich, allen Kommunen eine höhere Finanzausstattung zu belassen durch Wegfall der Gewerbesteuerumlage und einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer. Hilfreich wäre es die ausufernde Bürokratie, gerade auch im Umweltbereich auf das notwendige Maß zu beschränken, um auch Stellenanteile bei den von uns zu finanzierenden Umlageverbänden freizusetzen. Wie kann es sein, dass solide wirtschaftende Kommunen demnächst vor der Haushaltssicherung stehen und Umlageverbände sich mit Großprojekten brüsten? Wie kann es sein, dass wir über die Abschreibungen von bereits umlagefinanzierten Projekten ein zweites Mal Liquidität entzogen bekommen und die Transferempfänger sich darüber freuen können, bald schuldenfrei zu sein und genügend Liquidität für Investitionen zu haben?

Das hochgelobte System NKF krankt noch und benachteiligt insbesondere die sparsamen kreisangehörigen Kommunen. Wir sind derzeit die Versuchskaninchen des Landes und befinden uns wie in einem Sandwich zwischen den Generationen:

Wir dürfen für die Lasten der Vergangenheit aufkommen und müssen gleichzeitig für die Zukunft vorsorgen.

Bestes Beispiel sind die Versorgungslasten der Beamten, die wir für die Pensionäre und wie für die aktiven Beamten bei uns wie bei Kreis und LWL erwirtschaften sollen. Land und Bund mit ihrem überdimensionierten Beamtenapparat haben daher wohlweislich bislang auf die Einführung des NKF-Systems verzichtet. Ich jedenfalls habe meine zunächst positive Grundeinstellung zu der neuen Haushaltssystematik revidiert und wage die Behauptung, dass es uns ohne den bürokratischen und personalintensiven Moloch „NKF“ derzeit besser gehen würde. Produktbeschreibungen und Zielformulierungen hören sich zwar gut an, bringen jedoch keinen Euro mehr in die Gemeindekasse. Und mehr Transparenz kann ich derzeit im Haushalt auch nicht erkennen. Hier muss noch einmal nachjustiert werden.

Damit soll es diesmal allerdings genug sein mit der üblichen Schelte der übergeordneten Instanzen. Wer nur andere kritisiert, ändert nichts. Hilf dir selbst und dir wird geholfen. Wir müssen daher trotz aller vielleicht unabänderlichen äußeren Einflüsse unsere Arbeit vor Ort erledigen und bei den finanzpolitischen Hausaufgaben eigene Ideen entwickeln.

Eines ist zumindest erkennbar, ohne Hellseher zu sein: Auf Dauer wird sich nachhaltiges Wirtschaften und Denken für Kommunen wie Hövelhof auszahlen. Und wenn wir allein an dieses Jahr zurückdenken, so konnten wir doch noch relativ viel in die wertvolle Infrastruktur und damit Zukunft unserer Gemeinde investieren: Ich denke an die Sanierung von Fassade und Dach der Kirchschele, an die Einweihung der Mensa am Schulzentrum, an die Eröffnung des Emsinformationszentrums, die Einweihung des Kunstrasenplatzes, die Verschwenkung des Liboriusweges für den Bau eines Kreisverkehrs in Klausheide oder den Ausbau der Kleestraße. Unsere Wohngebiete am Grünen Weg, in Riege und Espeln sind vollständig vermarktet! Wer hätte das gedacht! Im Industriegebiet „Sprung über den Hallerbach“ sind nur noch kleine Restflächen erhältlich. 10 Jahre vor Ablauf der Prognosen in den Regionalplanungen! Mittelfristig werden dort 500 neue Arbeitsplätze entstehen. Und: Auch in Hövelhof ist die Produktion wieder angesprungen. Unsere Firmen haben rechtzeitig investiert und können jetzt durchstarten.

### **Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte unserer Gemeinde geht wieder weiter.**

Wir haben uns nicht aus der Bahn bringen lassen von einem Minus allein in diesem Jahr enormen Defizit von 4,5 Mio. €. Wir haben nach vorne geblickt, auf unsere Stärken vertraut und unsere Zukunftsplanungen weiter geführt. Wir brauchen aktuell für mehrere Unternehmen dringend weitere Entwicklungsflächen und setzen darauf, dass unsere Pläne den Regionalrat im Dezember überzeugen werden. Parallel sollten wir unsere gemeindliche Bauleitplanung starten, um hoffentlich bis Herbst 2011 unseren Unternehmern eine wichtige Perspektive zu bieten. Gleiches gilt für weitere Wohngebiete mit dem 3. Teilabschnitt am Grünen Weg sowie in Riege und Espeln. Nutzen wir jetzt unsere Chance für ein weiteres Wachstum unserer Gemeinde. Entsprechende Planungskosten haben wir im Haushaltsplan 2011 vorgesehen.

Ein Plan, der von Außen wieder sehr schön aussieht: Unser neues Emsinformationszentrum ziert das Titelbild. Viele Kritiker und Neider hatte dieses Projekt im Vorfeld. Unsere Beharrlichkeit hat sich jedoch ausgezahlt. Als Startpunkt des Emsradweges hat sich Hövelhof mit verhältnismäßig wenigen Eigenmitteln ein Alleinstellungsmerkmal geschaffen und sein

Bekanntheitsgrad steigern können. Wir konnten europäische Fördergelder in die Region holen und zeigen, dass Naturschutz und Tourismus keinen Gegensatz bilden.

Das innere Bild des Haushaltsplanes ist jedoch nach wie vor eher grau und nüchtern: 2,8 Mio. € beträgt das prognostizierte Defizit im Jahre 2011. Gegenüber 4,5 Mio. in diesem Jahr durchaus eine Verbesserung von 37 %, doch jetzt geht es an die Substanz. Alle Bereiche unseres Hauses waren aufgefordert, die Produkte noch einmal intensiv auf ihre Standards zu überprüfen. Erinnern wir uns: Bereits für das laufende Jahr waren die Unterhaltungs- und Betriebsaufwendungen gegenüber den ursprünglichen Anmeldungen um 1,5 Mio. gekürzt worden.

Für das kommende Haushaltsjahr haben wir jetzt noch einmal die Rasenmähermethode angesetzt und teilweise pauschale Kürzungen von 20 % vorgenommen. Dies bringt Qualitätsverluste mit sich, die wir alle jedoch nach außen vertreten müssen. Wir haben beispielsweise folgende Kürzungen in den Haushaltsplan eingearbeitet:

- Gebäudeversicherung: rd. 8.000 €
- Stromkosten: rd. 31.500 €
- Fortbildungs- und Reisekosten der Mitarbeiter: rd. 16.100 €
- Verwaltungskosten (durchgehend 20 % bei Druckkosten, Lizenzgebühren, Bürobedarf, Bücher und Zeitschriften, Telefonkosten, Porto): rd. 80.000 €
- Repräsentations- und Verfügungsmittel: 4.350 €
- Marketing: 6.500 €
- Unterhaltung der Gebäude und der Infrastruktur: rd. 250.000 €
- Errichtung eines Hausmeisterpools: rd. 30.000 €
- Verzicht von Linienfahrten des Hövelhofer Ortsbusses: rd. 50.000 €
- Übertragung der Weiterbildungsangelegenheiten an den Volkshochschulzweckverband: rd. 35.000 €

Dies sind alles Maßnahmen aus der eigenen Kraft heraus, die der Bürger nicht unmittelbar schmerzen, die jedoch insbesondere bei der Unterhaltung von Gebäuden und Straßen einen Crash-Kurs bedeuten und uns irgendwann einholen werden. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Unsere Infrastruktur ist im Gegensatz zu anderen Kommunen glücklicherweise noch sehr gut. Auf Dauer können wir notwendige Schönheits- und Instandsetzungsmaßnahmen jedoch nicht aufschieben. Jedes nicht geflickte Schlagloch in der Straße wird sich zu größeren Asphalt Schäden ausweiten. Auch im Personalbereich ist bei Kommunen unserer Größenordnung keine große Luft mehr. Natürlich wird bei Ausscheiden eines Mitarbeiters geprüft, ob der Personalanteil reduziert werden kann. Nur: Die Aufgabenzuweisungen sind in der Vergangenheit eher gewachsen. Auch den Bürgerservice sollten wir mindestens im bestehenden Maß aufrechterhalten. Schließlich ist auch dies eine unserer ureigensten Aufgabe. Offene Türen zu haben, nah dran zu sein an den Menschen. Im Gegensatz zu größeren Behörden müssen unsere Mitarbeiter eine Vielzahl von Aufgabengebieten wahrnehmen und darüber hinaus mehrere weitere oftmals stellenfremde Gebiete vertreten. Wir brauchen daher auch in der Kernverwaltung einen gewissen Bestand an

personellen Ressourcen, die nach der letzten Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt in Hövelhof vergleichsweise gering sind. Wir sind in vielen Bereichen am Limit angelangt.

Mit nur 2 Gärtnern kann in der Vegetationsphase nicht überall gleichzeitig Unkraut gezupft oder jetzt im November das Laub gefegt werden. In einer wachsenden Kommune wie Hövelhof können die gewohnt hohen Standards mit einem sinkenden Personal nicht gehalten werden.

Auch der als vielfach als Allheilmittel gepriesene Begriff der „Interkommunalen Zusammenarbeit“ muss man inzwischen als „inflationäre Phrase“ bezeichnen. Hier sind sicherlich im Einzelfall Synergieeffekte möglich, eine pauschale Konsolidierungshilfe ist das ganze jedoch nicht. Wir werden uns natürlich bei Bedarf individuell mit Nachbarkommunen arrangieren, uns aber keinen größeren Einheiten anschließen. Beispielsweise kooperiert unser Bauhof mit den Nachbarn aus Delbrück, Rietberg, Verl und Schloss Holte-Stukenbrock um gemeinsame Einkäufe zu prüfen, Arbeitsabläufe abgleichen oder sich gegenseitig Maschinen auszuleihen. Auch das gemeinsame Bauordnungsamt mit einer Nachbarkommune werde ich in Kürze noch einmal auf die Tagesordnung bringen.

Unser Stellenplan sieht auch für das kommende Jahr in der Kernverwaltung einen Abbau von Stellenanteilen vor. Trotzdem möchten wir durch verwaltungsinterne Umstrukturierungen den Bürgerservice verbessern und die Öffnungszeiten unserer Verwaltung ausweiten. Im Kindergartenbereich wird der Stellenanteil allerdings durch den weiteren u3-Bedarf wachsen.

Konsequent fortsetzen werden wir unsere Ausbildungsoffensive, die uns auch zukünftig dringend erforderliche Fachkräfte garantiert.

Der Haushaltsplanentwurf sieht **keine Kürzungen der freiwilligen Leistungen** oder sonstige Zumutungen wie Hallennutzungsgebühren oder Parkgebühren vor. Erstens würde dies unseren Haushalt nicht retten und zweitens eine Menge Porzellan zerschlagen. Wir zählen weiterhin auf unsere gesunde Vereinswelt und das große ehrenamtliche Engagement in vielen Bereichen. Dieses große Pfund müssen wir uns erhalten. Es ist daher volkswirtschaftlich sinnvoller, den Rotstift hier nicht anzusetzen. Stattdessen schlage ich bei der Förderung unserer Musikvereine sogar eine Ausweitung vor. Da für das Blasorchester und auch Akkordeonorchester keine Bezuschussung mehr über das VBW erfolgt, sollten diese Gelder in das gesamte Musikförderbudget einfließen, so dass dieses von 3.200 € auf 8.000 € steigen kann. Damit könnte eine transparente Förderung für alle Verein nach gleichen Parametern erfolgen, wobei besonders die musikalische Früherziehung und die Jugendarbeit besonders honoriert werden sollten.

Auch eine zusätzliche Belastung des Bürgers und der heimischen Unternehmen durch **Steuererhöhungen muss ausgeschlossen bleiben**. Zwar gehören wir NRW-weit zu den nur noch sehr wenigen Kommunen, die ihre Hebesätze noch unter dem fiktiven Hebesatz des Landes von 403 Punkten festgesetzt haben, doch sollten wir uns diesen Standortvorteil dringend bewahren. Es dient dem guten Klima vor Ort und hilft sicherlich auch dabei, unseren weiteren Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zu stärken, auch wenn wir dadurch auf Steuermehreinnahmen von 328.000 € verzichten. Froh bin ich darüber, dass beim Thema „Gewerbsteuer“ endlich Vernunft eingekehrt ist und das Bundesfinanzministerium auf Druck der kommunalen Spitzenverbände von seinen Abschaffungsplänen abgerückt ist. Es gibt für uns keine annehmbare Alternative! Wirtschaftsfreundliches Handeln muss belohnt werden. Gerade Hövelhof wird hiervon in den nächsten Jahren noch enorm profitieren, diese Prognose sei an dieser Stelle gewagt.

Die **Gebühren** bleiben bis auf die bereits beschlossene geringe Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren im kommenden Jahr ebenfalls **konstant**.

Investieren möchten wir im kommenden Jahr insbesondere in die Bildungschancen unserer Kinder, in dem wir die räumlichen Voraussetzungen dafür weiter verbessern. Geplant sind im kommenden Jahr folgende Investitionsmaßnahmen:

### **Weiterer Ausbau der Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen:**

- **Erweiterung des Speisesaals an der Kirchsule: 375.000 €**

Durchschnittlich werden an der Offenen Ganztagschule derzeit 110 Mittagessen ausgegeben. Durch die ausgeschöpften Kapazitäten wird teilweise in drei Schichten gegessen. Dies ist bei Grundschulkindern nicht optimal. Da mit weiter ansteigenden Teilnehmerzahlen gerechnet wird, planen wir einen Anbau mit Pultdach in Richtung Schulstraße als zweiten Raum, so dass alle Kinder gleichzeitig essen können und im Mehrschichtbetrieb sogar bis zu 200 Kinder einen Platz finden würden.

- **Umnutzung des alten Gebäudeteiles für die Betreute Schule an der Mühlenschule: 200.000 €**

Derzeit werden 36 Kinder im Nachmittagsprogramm des Fördervereins betreut, davon jeweils rund die Hälfte bis 13 Uhr sowie bis 15 Uhr. Eine Offene Ganztagschule wünschen die Eltern derzeit nicht. Sollte es an der Schule zu einer kurzfristigen Dreizügigkeit kommen, stünden die bisher genutzten Betreuungsräume im Schulgebäude nicht mehr zur Verfügung. Kurzfristig könnte dann das alte Schulgebäude entsprechend hergerichtet werden, wobei die dort derzeit untergebrachte Bibliothek umziehen müsste. Eine von einigen Vertretern gewünschte Umnutzung der vorhandenen alten Sporthalle derzeit ist noch nicht erforderlich und würde Investitionssummen von rd. 500.000 € verursachen. Gleichzeitig würden die dort noch übenden Vereinssportaktivitäten verdrängt. Hier sollte die weitere Entwicklung zunächst abgewartet werden.

### **Weiterer Ausbau der U3-Plätze in den Kindergärten:**

- **Kindergarten Schulstraße: 298.000 €, Förderung 219.000 €**

Das vorhandene Gebäude soll aufgestockt werden, um Schlafmöglichkeiten für die 12 U3-Kinder zu schaffen.

- **Kindergarten Klausheide: 135.000 €, Förderung 72.000 €**

Die vorhandenen Räumlichkeiten sollen für die Nutzung als 3-gruppige Einrichtung mit zusätzlich 6 U3-Plätzen hergerichtet werden.

### **Weitere Investitionen:**

- Letzte Rate für den Kauf einer neuen Feuerwehrdrehleiter, die im ersten Quartal 2011 ausgeliefert werden soll: **242.000 €**

- **Baustraße der Bardenhäuser Straße** zur Erschließung des privaten Baugebietes: **130.000 €**
- Erste Maßnahmen im Rahmen des **Hochwasserschutzkonzeptes: 110.000 €**, die allerdings zu 90 % über das Land und den Wasserverband Obere Lippe refinanziert werden

**Kredite** werden wir für unsere Investitionen auch im kommenden Jahr **nicht benötigen**. Vielmehr werden wir durch Sondertilgungen unseren Schuldenabbau fortsetzen, um unser Ziel „2020-schuldenfrei“ zu erreichen.

Lösen möchten wir uns zukünftig auch von weiteren unwirtschaftlichen Gebäuden. So soll beispielsweise im kommenden Jahr das Obdachlosenheim in der Emssiedlung abgerissen und das Grundstück entsprechend vermarktet werden. Die Bewohner werden in andere gemeindliche Räumlichkeiten umziehen.

Im Ortskern arbeiten wir weiter am „Integrierten Handlungskonzept“. Unser Bauamtsleiter unsere Bürger und Einzelhändler in Kürze zu Gesprächsrunden einladen, um weitere Ideen für die Verbesserung des Ortsbildes zu sammeln.

In der anderorts teilweise hektisch geführten Schuldebatte verhalten wir uns weiter hin ruhig. Wir wissen um die enormen Stärken unserer Haupt- und Realschule. Die Qualitätsanalysen haben es noch einmal an den Tag gebracht: Unsere Schüler werden hier an beiden Schulen in idealerweise individuell gefördert. Im engen Schulterschluss mit der heimischen Wirtschaft gelingt es, fast allen ausbildungswilligen Absolventen in ein Ausbildungsverhältnis zu vermitteln. Viele Schüler beider Schulen wechseln im Anschluss daran auch an ein Gymnasium oder einer anderen Fachoberschule, um das Abitur zu erlangen. Unsere Schulen arbeiten eng zusammen, die Durchlässigkeit des Systems ist gegeben. Eine gemeinsame Mensa mit Sport- und Jugendeinrichtung vor Ort sorgt für ein ideales Umfeld.

Warum sollten wir unser Erfolgsrezept der letzten Jahre irgendwelchen schulpolitischen Experimenten opfern? Gemeinschaftsschulen als Experiment auf dem Rücken der Kinder? Große Gesamtschuleinheiten, die noch lange keine bessere Ausbildung garantieren sondern lediglich Etikettenschindel bedeuten? Unsere Lehrer, Eltern und Schüler brauchen Verlässlichkeit. Gerade hier im ländlichen Raum bietet unser bestehendes System ideale Bedingungen, die mit denen in Ballungsräumen nicht zu vergleichen sind. Auch in ähnlich geprägten südlichen Bundesländern wie Bayern oder Baden Württemberg steht das konservative dreigliedrige Schulsystem für erfolgreiches Arbeiten. Nutzen wir daher unsere einmaligen Möglichkeiten hier in Hövelhof und geben wir ein Bekenntnis ab für unsere beiden Sekundarschulen. Sie haben es verdient, den Rücken von uns als Schulträger gestärkt zu bekommen. Werben wir für die hervorragende Arbeit dieser Schulen, unseren Kindern werden in diesen familiär geführten Schulen die besten Zukunftschancen eröffnet.

Auch die emotional geführte Nationalparkdebatte wird uns nach den angekündigten Abzugsplänen der Briten im kommenden Jahr wieder einmal beschäftigen. Nationalpark ist ein Begriff, der für viele zunächst einmal positiv besetzt ist, weil damit unwissend die große Freiheit und touristischer Mehrwert verbunden wird. Doch Nationalpark bedeutet: 75% freie Vegetation und Urwald! Nationalpark Senne bedeutet „Wilde Traubenkirsche“ und weniger Offenland- und Heideflächen! Nationalpark Senne bedeutet: Betretungsrechte für Vogelzähler und Bachneunaugenliebhaber, aber noch lange nicht für die Bevölkerung!

Da ein Nationalpark nicht gegen die Region errichtet werden soll, werden wir herausgefordert sein, auch unsere Stimme wieder zu erheben, immerhin befinden sich fast 1/4 unseres Gemeindegebietes auf dem derzeitigen Truppenübungsplatz.

Ein ganzer Ortsteil musste damals für den Übungsbetrieb weichen. Geblieben ist eine einzigartige Kulturlandschaft. Nicht die sich ständig äuernden Umweltverbände und ultralinksgerichteten außerparlamentarischen Gruppierungen, sondern der demokratisch legitimierte Gemeinderat muss in diesem Prozess das Meinungsbild der Region widerspiegeln. Sollte die Fläche daher zukünftig nicht mehr als militärisches Übungsgelände für die Bundeswehr oder andere NATO-Streitkräfte gebraucht werden, was natürlich nach wie vor Vorrang hat, darf nicht ohne unser Einvernehmen über Hövelhofer Gemeindegebiet entschieden werden. Ich erinnere daher noch einmal an unserem Ratsbeschluss aus dem Jahre 2005:

“ Aus naturschutzfachlicher Sicht ist die Schutzkategorie „Nationalpark“ für die Kulturlandschaft auf dem Truppenübungsplatz Senne der falsche Schutz für die Senne (...)

In einem neuen Verfahren sollte auch offen geprüft werden, ob nicht die Schutzkategorie „Biosphärenreservat“ bzw. die Pflegekategorie „Naturpark“ für den Schutz der Senne in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Potenzial des Sennetourismus geeigneter sind.“

Da aus meiner Sicht derzeit keine neuen Erkenntnisse vorliegen und wir gerade in Hövelhof nicht vergessen dürfen, dass unsere Arbeitsplätze und Zukunft von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den Gewerbegebieten garantiert werden, ist es meine Aufgabe, in den weiteren Diskussionen auch diese bestehende Mehrheitsmeinung, **„Ja zum Naturraum Senne - Nein zum Nationalpark!“** weiter zu vertreten.

Doch jetzt sind sie bestimmt gespannt auf das Zahlenwerk, das Ihnen unserer Kämmerer präsentieren wird. Gehen wir trotz sicher nicht gerade erfreulicher Finanzausstattung positiv in die Zukunft unserer Heimatgemeinde. Unseren Beitrag zumindest, sollten wir dazu weiterhin leisten.

Herzlichen Dank!

Bgm. Berens bittet den Kämmerer, Herrn Borgmeier, um eine nähere Erläuterung des Zahlenwerkes: Herr Borgmeier führt folgendes aus:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ergänzend zu den Worten von Herrn Bürgermeister Berens möchte ich nun näher auf das eigentliche Zahlengerüst unseres Haushaltsplanentwurfes 2011 eingehen.

Gestatten Sie mir vorab noch einige allgemeine Bemerkungen:

Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement ist bekanntermaßen der Ergebnisplan die alles entscheidende Größe für den Haushaltsausgleich. Aufgrund der Fehlbeträge in den Ergebnisplänen 2009 (rd. 2,3 Mio. €) u. 2010 (rd. 4,5 Mio. €) dürfte unsere Ausgleichrücklage (rd. 5,9 Mio. €), trotz sich bereits heute abzeichnender erheblicher Haushaltsplanverbesserungen in den Jahren 2009 u. 2010, nahezu völlig aufgebraucht sein.

Die nunmehr unvermeidbare Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage hat zur Folge, dass der Haushaltsplan der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Ein Haushaltssicherungskonzept gem. § 76 GO NRW ist aber nicht aufzustellen, da die hierfür festgelegten gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Große Sorge bereitet mir, dass auch in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nach den heutigen Erkenntnissen kein Ausgleich zwischen den Erträgen und Aufwendungen herbeigeführt werden kann. Auch die Fortsetzung des sehr restriktiven Kurses der letzten Jahre bei den Veranschlagungen auf der Aufwandsseite konnte hier nicht zu einer grundlegenden Verbesserung führen. Die logische Schlussfolgerung daraus kann für mich nur sein, dass wir bei der derzeitigen Finanzausstattung über unsere Verhältnisse leben.

Nun aber zu den eigentlichen Zahlen des Haushaltsplanentwurfes 2011:

Der Gesamtergebnisplan weist Erträge von 22.462.593 € aus. Die Aufwendungen belaufen sich auf 25.339.413 €, so dass sich ein Jahresfehlbetrag von 2.876.820 € ergibt. Dies bedeutet gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2010 eine Verbesserung von rd. 1,6 Mio. €.

Der Bürgermeister hat es bereits erwähnt, alle Steuerhebesätze bei den Realsteuern sollen auch im kommenden Jahr unverändert bleiben.

Durch die erfolgreiche gemeindliche Gewerbepolitik werden wir in Zukunft bei einer weiteren positiven Wirtschaftsentwicklung bezüglich der Gewerbesteuererinnahmen sicherlich mit erheblichen Mehreinnahmen rechnen dürfen. Für das laufende Haushaltsjahr ist die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde sehr vorsichtig mit „nur“ 5,5 Mio. € veranschlagt worden. Tatsächlich liegt das derzeitige Gewerbesteueraufkommen aber bei rd. 6,28 Mio. €, also fast 800.000 € über den Haushaltsansatz. Ich würde mich freuen, wenn ich Ihnen auch im nächsten Jahr bei der Haushaltsplaneinbringung von einem ähnlich positiven Ergebnis zu dem geplanten Gewerbesteueransatz 2011 von 6,5 Mio. € berichten könnte.

Da die Bewertungen durch die Finanzbehörde für einige größere gewerbliche Neubauten, insbesondere im Erweiterungsbereich des Gewerbe- u. Industriegebietes „Nord“, noch ausstehen, wird im kommenden Jahr eine Aufkommensverbesserung bei der Grundsteuer B von 80.000 € auf 1,88 Mio. € erwartet.

Aufgrund der in der maßgeblichen Referenzperiode gesunkenen Steuerkraft der Gemeinde (insgesamt rd. 1,7 Mio. €) wird mit einer rd. 1 Mio. € höheren Schlüsselzuweisung gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Der Ansatz von 1,8 Mio. € ist allerdings noch mit einer großen Unsicherheit behaftet, da derzeit in keiner Weise abschätzbar ist, wie sich die Steuerkraft der anderen Kommunen im Verbundsystem entwickelt hat. Eine 1. Proberechnung des Landesbetriebes Information und Technik NRW bezüglich der Schlüsselzuweisungen 2011 liegt bis zum heutigen Tage leider noch nicht vor.

Nun zu den größten Aufwandspositionen.

Mit rd. 9,3 Mio. € stellt die Kreisumlage wieder den absolut größten Aufwandsposten dar. Erfreulich ist, dass sich für die Gemeinde Hövelhof keine nennenswerten Änderungen gegenüber dem Jahr 2010 ergeben.

Den zweiten großen Aufwandsblock bilden die Personal- und Versorgungsaufwendungen mit rd. 6,2 Mio. €. In diesem Betrag sind bereits die feststehenden Tarifsteigerungen bei den

Tarifbeschäftigten von 0,6 % zum 01.01.2011 und weiteren 0,5 % zum 01.08.2011 berücksichtigt.

Dem Bruttopersonalaufwand stehen aber zu erwartende Erstattungen z.B. durch das Land NRW (Kindergartenbereich), der gemeindlichen Eigenbetriebe oder auch der ARGE in einer Gesamthöhe von 1,95 Mio. € gegenüber, so dass sich der Netto-Personalkostenaufwand der Gemeinde im Jahre 2011 auf rd. 4,3 Mio. € belaufen wird.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind mit 3,915 Mio. € veranschlagt worden. Gegenüber dem Ansatz des laufenden Jahres wird somit ein rd. 130.000 € geringerer Aufwand für Sach- und Dienstleistungen vorgesehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von 1.304.600 € hinweisen. Bis auf die Kompensationsmaßnahmen im Gemeindewald sowie die geplante Sanierung von 2 Brückenbauwerken sollen die restlichen Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von rd. 800.000 € im kommenden Jahr nachgeholt werden. Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen sind um diesen Betrag höher als die entsprechend ausgewiesenen Aufwandspositionen im Ergebnisplan. Aufgrund der derzeit guten Finanzlage konnten die entsprechenden Mittel ohne eine Kreditaufnahme im Finanzplan bereitgestellt werden.

Der Gesamtfinanzhaushalt als Nachweis der Liquidität weist Einzahlungen von 22.293.516 € und Auszahlungen von 25.868.328 € aus. Den investiven Einzahlungen von rd. 1,71 Mio. € stehen investive Auszahlungen von 1,86 Mio. € entgegen. Über die einzelnen investiven Maßnahmen hat der Bürgermeister bereits berichtet, so dass ich auf eine Wiederholung verzichten möchte. Planmäßig dürfte der gemeindliche Kassenbestand zum Ende des laufenden Haushaltsjahres nur noch bei 16.184 € liegen. Tatsächlich verfügt unsere Gemeindekasse aber z.Zt. über liquide Mittel von über 4,6 Mio. €, bedingt u.a. durch höhere Steuereinnahmen u. Grundstücksverkäufe. Aufgrund der guten Liquidität ist neben der laufenden Kredittilgung von 323.856 € eine Sondertilgung für ein auslaufendes Darlehn von 214.452 € im kommenden Jahr geplant. Bereits im 11. Jahr in Folge müssen somit keine neuen Kredite aufgenommen werden, dabei kann die ursprüngliche Verschuldung von 9,5 Mio. € (01.01.2001) auf 5,2 Mio. € zum 31.12.2011 gesenkt werden. Die Darlehenszinsen in Höhe von rd. 237.000 € haben nur noch einen Anteil von 0,94 % an den gemeindlichen Gesamtaufwendungen.

Es bleibt zu hoffen, dass auch die Not leidenden Kommunen von den prognostizierten Steuermehreinnahmen in den nächsten Jahren nicht nur einen „Almosenanteil“ erhalten.

Meine Hoffnung auf eine grundlegende Besserung der gemeindlichen Finanzen möchte ich deshalb nicht unter der Rubrik „Zweckoptimismus“ eingeordnet wissen.

Einige kurze Ausführungen zu den Wirtschaftsplänen des Abwasser- u. Wasserwerkes.

Sowohl beim Abwasserwerk als auch beim Wasserwerk sind im kommenden Wirtschaftsjahr keine größeren Investitionen geplant. Die vorgesehenen Investitionen können aus Eigenmitteln finanziert werden. Die seit 1993 (!) unveränderten Schmutzwassergebühren (1,99 €/m<sup>3</sup>) und die in NRW niedrigsten Regenwassergebühren (0,15 €/m<sup>2</sup>) werden voraussichtlich mittelfristig nicht steigen. Auch beim Wasserpreis ergeben sich im kommenden Wirtschaftsjahr keine Änderungen.

Ich wünsche Ihnen angenehme Haushaltsplanberatungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Abschließend wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat verweist die vom Bürgermeister eingebrachten Entwürfe

- der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen,
- des Wirtschaftsplanes für den Eigenbetrieb "Wasserwerk" für das Wirtschaftsjahr 2011
- des Wirtschaftsplanes für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk" für das Wirtschaftsjahr 2011

zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse.